



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

| | |
|----------------|---|
| Thema | Steuerabkommen mit Deutschland, UK und Österreich |
| Für Rückfragen | Thomas Maier, Nationalrat, Tel. +41 78 652 06 50 |
| Absender | Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch |
| Datum | 21. Mai 2012 |

Steuerabkommen stärken den schweizerischen Finanzplatz und lösen die Probleme der Vergangenheit

Die Grünliberalen werden den vom Bundesrat ausgehandelten Steuerabkommen mit Deutschland, UK und Österreich zustimmen. Die Abkommen schaffen Planungs- und Rechtssicherheit für die Zukunft und ermöglichen eine rechtsstaatlich konforme Regularisierung der Vergangenheit. Dies ist wichtig für die Glaubwürdigkeit der Schweiz und stärkt das Vertrauen in unseren Finanzplatz. Die drei betroffenen Staaten kommen so auf legalem Weg zu ihnen zustehenden Steuereinnahmen, während dem die Privatsphäre der Kunden gewahrt bleibt.

Die Grünliberalen haben heute alle Anträge in der Kommission, welche auf eine Verschiebung oder Rückweisung der Vorlagen abzielten, abgelehnt und werden dies auch im Rat tun. De facto wären diese Anträge einer Ablehnung gleichgekommen, da der Startpunkt des 1.1.2013 fix verhandelt und in den entsprechenden Formeln fest integriert ist.

Besorgt nehmen die Grünliberalen zur Kenntnis, dass aktuell weltweit noch immer nicht für alle Finanzplätze die gleich langen Spiesse im Wettbewerb gelten. Dies zu korrigieren liegt aber nicht in der alleinigen Macht der Schweiz. Die Schweiz muss hier austariert und umsichtig vorgehen, um sich international weiterhin konkurrenzfähig positionieren zu können. In diesem Sinne stellen diese Abkommen für die Grünliberalen eine bessere Alternative zu einem automatischen Informationsaustausch dar, weil die Abgeltungssteuer direkt umsetzbar ist. Zusammen mit den Doppelbesteuerungsabkommen ist das die richtige Strategie für den Finanzplatz Schweiz.

Mit den Abkommen hat sich für die Grünliberalen auch das Thema des sogenannten Datendiebstahls erledigt. Dieser wird schon darum uninteressant, weil die Steuern mit den neuen Abkommen definitiv abgegolten sind.

Für die Sommersession erwarten die Grünliberalen, dass auch die Polparteien ihre für den Finanz- und Werkplatz Schweiz schädliche ablehnende Haltung gegenüber diesen Abkommen ablegen. Bis dato liegt kein besseres Konzept vor und bei einer einseitigen Ablehnung durch die Schweiz stehen Milliarden von Steuereinnahmen und Tausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel. Auf Bundesebene würde dann bei den kommenden Budgets nicht über neuen Wunschbedarf diskutiert werden, sondern es drohten massive Kürzungen beispielsweise bei Bildung oder Sozialwerken. Dies ist in den Augen der Grünliberalen absolut unverantwortlich.